

**Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!**

## Factsheet Bayern

Um die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu halten – wozu sich Deutschland mit seiner Unterschrift unter das Pariser Klimaabkommen völkerrechtlich verbindlich bekannt hat - dürfen nicht mehr beliebig viele Treibhausgase ausgestoßen werden. Für Deutschland ermittelten der Weltklimarat und der Sachverständigenrat Umwelt ein CO<sub>2</sub>-Restbudget von 3-6 Gigatonnen, bevor es gegen dieses Ziel verstößt bzw. auf Kosten anderer Länder und künftiger Generationen lebt.<sup>1</sup> Für Bayern bedeutet dies ein Restbudget von ca. 800 Millionen Tonnen.<sup>2</sup>

Seit Jahren verspricht die Bayerische Staatsregierung die Umsetzung ehrgeiziger Klimaziele und Klimagesetze. Auf Twitter und im Landtag sagt Ministerpräsident Söder all die richtigen Dinge, etwa "Klima wird zur Top-Priorität. Wir haben gelernt, auf die Wissenschaft zu hören!"<sup>3</sup> oder „Wir wollen eine Verkehrswende!“<sup>4</sup> Zugleich fehlen bis heute konkrete Zielvorgaben, Kontrollmechanismen, die Klärung von Zuständigkeiten und Zurverfügungstellung finanzieller Mittel. Konkret:

- Bayern ist dem Beispiel anderer Regionen und Länder noch nicht gefolgt und das Bestehen eines Klimanotfalls noch nicht anerkannt. Entsprechend ist dies noch nicht Grundlage des Handelns für Stadtgesellschaft, -rat und -verwaltung.
- Auch das reformierte Bayerische Klimaschutzgesetz lässt konkrete Zielvorgaben für die Bereiche Verkehr, Ernährung, Gebäudesanierung, Energiewende etc. ebenso vermissen wie Maßnahmen der Erfolgskontrolle.<sup>5</sup>
- Im Bundesländerranking des Index Mobilität und Umwelt 2020/21 liegt Bayern auf dem letzten Platz.<sup>6</sup>
- Die Verkehrspolitik in Bayern ist immer noch auf den Motorisierten Individualverkehr ausgerichtet, eine energische Förderung gibt es sodann für exotische Projekte wie Flugtaxis und Raumfahrt, nicht aber für den Ausbau des Bahn- und Fahrradwegenetzwerks.
- Auf Seite 48 des aktuellen Koalitionsvertrags der FW/CSU Staatsregierung steht „Für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg wollen wir auf Dauer ein 365-Euro-Jahresticket einführen.“<sup>7</sup>
- Der Ministerpräsident befürwortet das 365 Euro Ticket für den Bund und „übersieht“, dass man es ja auch in Bayern einführen könnte – oder zumindest jene Verkehrsverbünde in Bayern unterstützen könnte, deren BürgerInnen es eingeführt haben wollen – etwa Nürnberg. Mit solchen Pilotprojekten könnten praktische Erfahrungen gewonnen werden.<sup>8</sup>
- Bayern ist für den Ausbau Erneuerbarer Energien (überall, nur nicht vor bayerischen Landschaften), für die Weiterbetrieung von Atomenergie (Endlager bitte außerhalb von Bayern) und für Fracking (aber bitte in Niedersachsen).

---

1

[https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020\\_2024/2022\\_06\\_fragen\\_und\\_antworten\\_zum\\_co2\\_budget.html](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.html)

<sup>2</sup> <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/landtag/detailansicht-landtag/artikel/co2-obergrenze-fuer-bayern.html#topPosition>

<sup>3</sup> [https://twitter.com/markus\\_soeder/status/1392459019831369731](https://twitter.com/markus_soeder/status/1392459019831369731)

<sup>4</sup> <<https://www.bayern.de/bayern-ist-es-wert/>>

<sup>5</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/analyse-was-taugt-das-neue-bayerische-klimaschutzgesetz,SpsYYer>

<sup>6</sup> [https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2020/10/2020\\_Bundeslaenderindex.pdf#page=5](https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2020/10/2020_Bundeslaenderindex.pdf#page=5)

7

[https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/Koalitionsvertrag\\_\\_Gesamtfassung\\_final\\_2018-11-02.pdf](https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/Koalitionsvertrag__Gesamtfassung_final_2018-11-02.pdf)

<sup>8</sup> „Mein Vorschlag wäre ein 365-Euro-Jahresticket für den gesamten öffentlichen Personennahverkehr in ganz Deutschland“, sagte Söder der Bild am Sonntag.“ <https://taz.de/Bayerischer-Ministerpraesident/!5868915/>

## Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

- Die 10-H Regel, von der CSU verteidigt, wird gelockert, sie gehört aber aufgegeben, die Zuständigkeit zur Errichtung von Windkraftanlagen gehört an Kommunen übertragen, die am Gewinn der Anlagen zu beteiligen sind.
- Der Photovoltaikausbau, von den FW blockiert, führte zu einem Hilferuf von Ministerpräsident Söder an Berlin – peinlich für den großen „Bayernplaner“.<sup>9</sup> Dabei gibt auch Wirtschaftsminister Aiwanger zu, dass Bayerns Mangel an erneuerbarer Energie zum Standortnachteil zu werden droht.<sup>10</sup> Und so gibt es aktuell auf lediglich 4% aller Gebäude im Besitz des Freistaates Solaranlagen.<sup>11</sup>
- Bayern hat erkennbare Probleme bei Agrar-, Landwirtschafts- und Landschaftsschutzreformen, was auf eine große Nähe zwischen CSU und konventionell-konservativ ausgerichteten Bauernverbänden schließen lässt.<sup>12</sup>
- Um Vorstellungen der Bürger besser einzubeziehen und eine Umsetzung von Beschlüssen sicherzustellen, ist die Einsetzung von BürgerInnenräten erforderlich.<sup>13</sup>
- Bayern sollte EU-Vorgaben im Umwelt- und Klimabereich ernster nehmen, etwa was Landwirtschaftsförderung, Artenschutz, erneuerbare Energie oder Luftreinhaltung betrifft – man sollte nicht erst warten, bis die Staatsregierung verklagt und wegen Säumigkeit verurteilt wird, denn für solche Spielchen fehlt zunehmend die Zeit.<sup>14</sup>
- Hinsichtlich der Klage, es gebe nicht genügend Fachleute für die anstehenden Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation, muss die bayerische Staatsregierung wirtschaftliche Interessen mit der Auslegung und Anwendung des Asyl-, Ausländer- und Aufenthaltsrechts in Einklang bringen. Bislang setzt diese trotz absehbarer Verbesserungen selbst gegenüber gut integrierten und motivierten Geflüchteten stur auf Abschreckung und Abwehr.<sup>15</sup>

In Bayern gibt es viele Kommunen, etwa Nürnberg, die den sozial-ökologischen Umbau gerne vorantreiben würden. Weil es dem Freistaat mit der vorhandenen Koalition offensichtlich nicht gelingt, ein schlüssiges Konzept für Bayern zu entwickeln, so fordern wir die Staatsregierung auf, wenigstens diesen Kommunen rechtlich den Weg freizumachen und finanziell unter die Arme zu greifen.

PolitikerInnen sind, folgend ihrem Amtseid, verpflichtet, den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Als öffentliche Verantwortungsträger haben sie einen privilegierten

---

<sup>9</sup> <https://www.mainpost.de/ueberregional/bayern/was-sich-soeder-nicht-traut-kommt-die-solardach-pflicht-auf-neubauten-aus-berlin-art-10698898>

<sup>10</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article238078203/Fehlende-erneuerbare-Energien-werden-zum-Standortnachteil-fuer-Bayern.html>

<sup>11</sup> <https://www.br.de/nachrichten/bayern/trotz-soeder-ankuendigung-kaum-photovoltaik-auf-staatsdaechern,T23G8Co>

<sup>12</sup> <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Rettet-die-Bienen-Bund-Naturschutz-kritisiert-Naehe-der-CSU-zum-Bauernverband-id53857166.html>

<sup>13</sup> Der Bürgerrat Klima belegt: Wissenschaftlich beraten, professionell moderiert und ohne Lobbyisteneinfluss sind BürgerInnen zu weitreichenden und angemessenen Maßnahmen bereit. BürgerInnenräte stellen zudem sicher, dass die Umsetzung langfristiger Maßnahmen durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten nicht gefährdet werden.

<sup>14</sup> EU-Richter beraten über Zwangshaft für deutsche Politiker (1.9.2019)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-eu-richter-beraten-ueber-zwangshaft-fuer-deutsche-politiker-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190901-99-692758>

<sup>15</sup> Das aktuell auf Bundesebene ausgearbeitete Chancenaufenthaltsrecht könnte ca. 100.000 Langzeitgeduldete endlich in sichere Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse bringen und somit Arbeitgebern und Geflüchteten eine verlässliche Perspektive bieten. Durch sogenannte „Vorgriffsregelungen“ könnten sogar schon jetzt davon Menschen vor Abschiebung geschützt werden. Die Bayerische Staatsregierung zeigt sich von alledem wenig begeistert – im Gegenteil, wie Flüchtlingshilfeorganisationen anhand zahlreicher Fälle zu berichten wissen.

## **Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!**

Zugang zu Medien und anderen Optionen, das Wissen über die heraufziehenden Bedrohungen, aber auch Chancen, zu kommunizieren.

Die Bayerische Staatsregierung nützt nicht die der Bevölkerung durch den Ukrainekrieg deutlich gewordene Abhängigkeit von fossilen Energien. Statt einen klaren und zügigen Ausstiegsplan plus Einsparzielen unter diesen Krisenbedingungen zu kommunizieren, erfolgt der hektische Versuch, sichtbare Lücken mit herkömmlichen Lösungen zu stopfen.

Der Wissenschaft und ihnen verbundenen zivilgesellschaftlichen Gruppen gelingt es dagegen nicht, die Staatsregierung von ihrem Kurs abzubringen. Und so ist unsere Blockade heute unser Beitrag zum „Stopp dem fossilen Weiter-So“ und ein weiterer verzweifelter Versuch, Gesellschaft und Politik angesichts der aufziehenden Herausforderungen zu alarmieren und in angemessenes Handeln zu bringen.